Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 44 (1964-1965)
Heft: 3

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

RUNDSCHAU

KRISE DER NATO

Die Frühjahrssession der NATO-Außenminister, die am 12. Mai im Rittersaal des Binnenhofes im Haag begann, hätte rein termingemäß eigentlich ein Jubiläumstreffen sein sollen: die atlantische Allianz begeht diesen Frühling den fünfzehnten Jahrestag ihres Bestehens. Grund zum Feiern war jedoch keiner vorhanden; die Nordatlantikpaktorganisation laboriert noch immer an ihrer chronischen Krise herum, und eine Lösung ist in naher Zukunft nicht abzusehen. Unmittelbar vor Eröffnung der Ministerratstagung im Haag hatte der Konflikt innerhalb der Allianz im Gegenteil noch eine Verschärfung erfahren, als Frankreich seine letzten Marineverbindungsoffiziere aus den NATO-Stäben abberief und damit erneut unmißverständlich seinen Willen zu einem eigenen Weg innerhalb des westlichen Bündnissystems demonstrierte.

Vom Dreierdirektorium zur Force de frappe

Die Gründe der gegenwärtigen Krise der NATO sind komplexer Natur. Seit der Schaffung des Atlantikpaktes im Jahre 1949 haben sich die politischen Gewichte in der Welt entscheidend verlagert. Die USA haben ihr Nuklearmonopol verloren; an dessen Stelle ist ein «Gleichgewicht des Schreckens» getreten. Europa, das 1949 noch gelähmt war durch den nur vier Jahre zurückliegenden Zweiten Weltkrieg, hat sich heute, dank kräftiger amerikanischer Hilfe, zumindest wirtschaftlich von dessen Folgen erholt. Parallel zu dieser Umschichtung der Kräfte ging die Wiedererstarkung Frankreichs, das sich seiner kolonialen Hypotheken in Indochina und Algerien entledigen konnte und unter dem Regime des nach dem Putsch vom 13. Mai 1958 an die Macht gelangten Generals *de Gaulle* den Anspruch erhob, als gleichberechtigter Partner neben die USA und Großbritannien zu treten. Den Vorschlag für eine Umgestaltung der NATO im Sinne eines solchen führenden «Dreierdirektoriums» machte de Gaulle schon im September 1958, ein gutes Vierteljahr nur nach Übernahme der Regierungsgewalt. Wie man erst jetzt erfahren hat, ist dieser französische Vorschlag seinerzeit in aller Form von *Eisenhower zurückgewiesen* worden. Alle in der Zwischenzeit angestellten Spekulationen über ein amerikanisches Mitverschulden an der Zuspitzung des Konflikts mit Frankreich, hervorgerufen durch ein unhöfliches brüskierendes Schweigen auf den Vorstoß de Gaulles, sind damit hinfällig geworden. An der tatsächlichen Entwicklung freilich vermag dieses nachträgliche Bekanntwerden einer amerikanischen Antwort auf de Gaulles Vorschlag vom September 1958 nichts zu ändern, und man kann füglich daran zweifeln, ob sich viel geändert hätte, wäre Eisenhowers Schriftstück nicht so lange geheimgehalten worden.

Die Konsequenzen, die de Gaulle aus diesem Nein Washingtons zog, sind bekannt. Es setzte der allmähliche *Rückzug Frankreichs aus der NATO* ein, beginnend mit der Herauslösung der französischen Mittelmeerflotte aus dem NATO-Oberkommando Europa im März 1959 und endend — vorläufig — mit der erwähnten Abberufung seiner Marineverbindungsoffiziere aus den NATO-Stäben. Dem NATO-Kommando unterstehen heute an französischen Streitkräften lediglich die beiden in der Bundesrepublik liegenden Divisionen sowie fünf in Lorient stationierte Untersee-Boote, die zur Überwachung des Nordatlantiks zwischen der französischen Westküste und Island patrouillieren.

Gleichzeitig mit diesem stufenweisen Ausscheiden aus den NATO-Verpflichtungen begann Frankreich mit dem Aufbau einer eigenen mit Nuklearwaffen ausgerüste-

ten Streitmacht, der «Force de frappe», die sich allerdings auch heute noch im Anfangsstadium befindet und kaum vor Ende der sechziger Jahre ein zweckentsprechendes Abschreckungsmittel darstellen dürfte. Mit diesem Beharren auf einer eigenen Atomstreitkraft entfernte sich Frankreich erneut von den angelsächsischen Mächten, die an sich die «Proliferation» — das heißt die Ausbreitung der Atomwaffen auf andere Mächte — verpönen, sich nun aber gezwungen sahen, der durch Frankreichs Rückzüge ständig abgewerteten NATO neue Attraktivität zu verleihen durch die Aufstellung einer multinationalen und später einer multilateralen NATO - Nuklearstreitmacht. Es war ein Vorschlag, der bei den meisten Allianzpartnern nur auf mäßige Begeisterung stieß und dessen Realisierung heute nach wie vor ungewiß scheint.

Geringe Ergebnisse im Haag

Das Charakteristische an der diesjährigen Frühjahrstagung des NATO-Ministerrates im Haag lag wohl darin, daß diese Grundfragen der Allianz nur gestreift wurden. Zum erstenmal seit längerer Zeit waren an dem Treffen auch nur die Außenminister vertreten; die Verteidigungsminister, in deren Kompetenzbereich naturgemäß die meisten der anvisierten Probleme fallen würden, nahmen an der Zusammenkunft im Haag nicht teil — wohl ein bezeichnendes Symptom dafür, welch geringe Erwartungen man von vornherein diesem Treffen entgegenbrachte. Die Befürchtungen freilich, es werde im Haag wie an der SEATO-Tagung in Manila in irgendeiner Form zu einem offenen Ausscheren Frankreichs aus der gemeinsamen Front kommen, bewahrheiteten sich nicht. Lediglich der belgische Außenminister *Spaak* versuchte, den französischen Delegierten zu einer grundsätzlichen Debatte zu zwingen, aber *Couve de Murville* wich geschickt in allgemeine Betrachtungen aus und ließ sich nicht auf eine direkte Kontroverse mit Spaak ein. Der belgische Vorstoß verpuffte damit im Leeren.

Dieser einigermaßen glimpfliche Ausgang der Frühjahrstagung der Nordatlantikpaktorganisation kam jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die prinzipiellen Gegensätze, deren wichtigste Exponenten Frankreich und die USA sind, in keiner Weise auch nur geringfügig angenähert werden konnten. Frankreichs ablehnende Haltung gegenüber der in der NATO vorgenommenen Integration bleibt unverändert; Paris verfolgt weiterhin eine Linie, die, konsequent zu Ende geführt, die Allianz ihres eigentlichen Charakters entfremden und in ein klassisches Bündnis souveräner Nationen verwandeln würde — eine Aussicht, die in betrüblichem Gegensatz zu den hochgespannten Erwartungen steht, unter denen die NATO seinerzeit geschaffen wurde.

Es mag angesichts dieser wenig verheißungsvollen Aussichten als eine Art Trost wirken, daß sich die NATO wenigstens in der *Deutschlandfrage* zu einigen klaren Worten aufraffte, indem der Ministerrat erneut bestätigte, daß eine gerechte und friedliche Lösung des Deutschlandproblems nur auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes erreicht werden könne und die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die *einzige deutsche Regierung* sei, die frei und rechtmäßig gebildet wurde und daher berechtigt sei, für Deutschland als Vertreterin des deutschen Volkes in internationalen Angelegenheiten zu sprechen. Man mag eine solche Erklärung als vornehmlich platonische Geste abtun; angesichts der gegenwärtigen Entwicklungstendenzen in Deutschland kommt ihr trotzdem eine nicht zu unterschätzende psychologische Bedeutung zu.

Cypern

Der Zustand der Lähmung, in dem sich die NATO im Augenblick befindet, wird am drastischsten illustriert durch den Fortgang des *Cypernkonflikts*. Man vergegenwärtige sich die Situation von der Allianz aus gesehen: zwei Mitglieder des Atlantikpaktes, die innerhalb des gemeinsamen Verteidigungssystems eine wichtige Position zu halten haben, bewegen sich seit Monaten

am Rande eines bewaffneten Konfliktes, ohne daß die NATO in der Lage wäre, wirksam als Vermittler zu intervenieren. Die Atlantikpaktorganisation hat im Gegenteil diese Vermittlung den Vereinigten Nationen überlassen, deren Ohnmacht bei solchen Aufgaben sich gerade anläßlich der Zwischenfälle der letzten Wochen auf Cypern deutlich demonstrierte. Obwohl das Mandat der Vereinigten Nationen auf drei Monate terminiert ist, von denen bereits zwei verstrichen sind, ohne daß eine Lösung irgendwie greifbar geworden wäre, haben nun die NATO-Außenminister im Haag erneut sich auf eine Formel der Passivität geeinigt, die die ganze Verantwortung auf Cypern den Vereinigten Nationen überläßt. Daß die unklare Cypern-Mission, die dem scheidenden NATO-Generalsekretär *Stikker* am Schluß der Haager Tagung übertragen wurde, zu konstruktiven Ergebnissen führen wird, ist mehr als fraglich. Solange die USA ihre Zurückhaltung gegenüber der Cypernfrage nicht aufgeben, wird wohl jeder Interventionsversuch von westlicher Seite wirkungslos bleiben.

Chruschtschew am Nil

Im gleichen Zeitpunkt, da die südöstliche Flanke des westlichen Verteidigungssystems von innen her aufs stärkste bedroht ist, erscheint *Chruschtschew* zu einer Propagandatour im Mittleren Osten. Das zeitliche Zusammenfallen von Cypernkrise und Eröffnung des Staudamms von Assuan erfolgt zwar zufällig, aber für Chruschtschew ist es eine zu günstige Gelegenheit, als daß er sie nicht bis zum äußersten auszunützen gewillt wäre. Er kann am Nil als der große Spender erscheinen, dessen Land, trotz eigener innerer Schwierigkeiten, den Entwicklungsländern gegenüber eine offene Hand zeigt. Chruschtschew hat bei seinem Auftreten in Kairo und Assuan weidlich von dieser günstigen Position profitiert, und er hat nichts versäumt, um den Westen zu verdächtigen und seine Entwicklungshilfe als verkappten Neokolonialismus zu brandmarken. Dem genius loci zollte Chruschtschew seinen Tribut, indem hier als Bannerträger des Imperialismus für einmal nicht Amerika, sondern Großbritannien in vorderster Linie die Angriffe des sowjetischen Ministerpräsidenten auszuhalten hatte. Chruschtschew versicherte die Araber seiner Solidarität im Kampfe gegen die britischen Truppen in Jemen und im Hinterland von Aden, und er geizte auch nicht mit Komplimenten an die Adresse der jungen Staaten des schwarzen Afrika.

Es wäre wohl verfrüht, die Auswirkungen von Chruschtschews erstem Auftreten auf dem schwarzen Erdteil jetzt schon voll und ganz ermessen zu wollen. Dem sowjetischen Ministerpräsidenten lag wohl vor allem an einer eindrucksvollen Demonstration für die arabischen Völker, deren Führer sich zum großen Teil in Assuan eingefunden hatten, um bei dem historischen sowjetisch-ägyptischen Verbrüderungsakt Zeuge zu sein. Darüber hinaus aber zielten Chruschtschews propagandistische Absichten auf ganz Afrika, und sie richteten sich dabei wahrscheinlich weniger gegen den als Prügelknaben wieder einmal ausgiebig verwendeten westlichen «Imperialismus», sondern waren als Präventivaktion gegen Aspirationen Pekings gedacht, das seine Ansprüche auf ein Mitreden in Afrika durch die Tournée *Tschou En-lais* vor wenigen Monaten unmißverständlich angemeldet hatte.

Fabius

WEGE DER ZUSAMMENARBEIT

Das Frühjahrsseminar auf dem Chaumont

Vom 12. bis 18. April trafen sich auf dem Chaumont sechzig Studenten und Praktikanten aus 39 Entwicklungsländern mit 34 Schweizer Kommilitonen, um zusammen «Neue Aspekte der Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern» zu diskutieren. Die Leitung dieses bereits zum fünften Mal durchgeführten Frühjahrsseminars oblag wie alle Jahre den Vertretern der «Kontaktgruppen» Genf und Zürich. Claude Moppert sowie Dr. Eduard Seiler und Paul H. Heß vom «Redressement National», das durch die großzügige Finanzierung die Veranstaltung überhaupt ermöglichte, haben durch eine einwandfreie Organisation viel zum guten Gelingen beigetragen. Nach dem innerschweizerischen Tagungsort Sachseln kam für dieses Jahr wieder ein Ort in der welschen Schweiz in Frage. Chaumont, auf der vordersten Jurakette direkt über Neuenburg gelegen, eignet sich dank seiner herrlichen Lage für eine solche Veranstaltung ganz besonders. Die spontane Herzlichkeit, mit welcher die ersten Kontakte unter den Seminarteilnehmern geschaffen wurden, ließ sofort einen Geist der Verständigung und der Zusammenarbeit entstehen, der während der ganzen Woche anhielt und manches Gespräch angeregt und befruchtet hat. Auf Grund verschiedener ausgezeichneter Vorträge kamen interessante Diskussionen zustande, die in kleinen Gruppen, welche eine persönlichere Aussprache gestatteten, weitergeführt wurden.

Am ersten Abend eröffnete Nationalrat *Clottu* das Seminar mit einem brillanten Vortrag, in dem er vor seinen interessierten Zuhörern in knappen Zügen das Wesen der Schweizerischen Eidgenossenschaft darlegte. Nach einem kurzen historischen Rückblick erläuterte er die Funktionen unseres Zweikammersystems, die Neutralitätspolitik und die Aufgabe der politischen Parteien.

Die Vorträge

Als erster Referent sprach Dr. *Laszlo Nagy*, Redaktor an der Gazette de Lausanne, über die «Mythen und Realitäten der Wirtschaft Afrikas», wobei er auf verschiedene bestehende Irrtümer hinwies, die er als weiße, rote und schwarze Illusionen bezeichnete; nämlich die Vorstellung der Weißen von der endgültigen Besitznahme Afrikas, die Idee der Kommunisten, der revolutionäre Kampf allein verhelfe dem Menschen wieder zu seiner Würde und die Überbewertung der die Unabhängigkeit anstrebenden politischen Revolution gegenüber der sozialen und wirtschaftlichen Erneuerung in Afrika. Durch die Schaffung regionaler Märkte einheimischer Produkte sollte die internationale Arbeitsteilung neu gestaltet werden.

Dr. *Hans Schindler*, Präsident der Schweizerischen Stiftung für Entwicklungshilfe, befaßte sich in seinen, ebenfalls vorwiegend wirtschaftlich gehaltenen Ausführungen mit der Zusammenarbeit der schweizerischen Industrie mit den Entwicklungsländern. Er stellte fest, daß die Schaffung eines günstigen Investitionsklimas für die Entwicklung eines Landes von großem Vorteil ist und für private Investitionen eine unentbehrliche Voraussetzung darstellt. Obwohl diese bei weitem nicht überall erfüllt ist, leistet die Schweiz in Form von Krediten jährlich Entwicklungshilfe von 300 bis 400 Millionen Franken, was etwa einem Prozent des Bruttosozialproduktes entspricht und wovon rund 45 Prozent auf den privaten Sektor entfallen. Eine wesentliche Ergänzung findet die Finanzhilfe in der technischen Hilfe, was der Referent am Beispiel der Stiftung der schweizerischen Industrie belegte, welche die Ausbildung von Facharbeitern in Nigeria, Dahomey, Indien, Pakistan und Tunesien mit Erfolg an die Hand nimmt.

Direktor *Alexandre Hay* von der Schweizerischen Nationalbank bestätigte die Ausführungen von Dr. Schindler. Er stellte die schweizerische Exportrisikogarantie in den Vordergrund und betonte den Wert privater Investitionen in Entwicklungsländern sowie die Vorteile der bilateralen, konkrete Projekte unterstützenden Kredithilfe.

Von den Ausführungen der erwähnten Referenten wich allerdings der Afrikaner *Albert Tevoedjre*, ehemaliger Sekretär der Afrikanisch-Madegassischen Union, in einigen wesentlichen Punkten ab. Zwar mißbilligt er ebenfalls unnütze Prestigeinvestitionen und fordert eine gesunde Verwaltung, Schulung und Erziehung, tritt aber sehr eindeutig für Kredithilfe auf multilateraler Basis ein, da die bilaterale Hilfe des Neokolonialismus verdächtig sei und die Entwicklungsländer weiterhin in der Abhängigkeit von den ehemaligen Kolonialherren halte. Der Verschlechterung des Realaustauschverhältnisses zwischen den Erzeugnissen der Entwicklungs- und jenen der Industrieländer, den sogenannten Terms of Trade, soll durch eine Stabilisierung der internationalen Rohstoffpreise begegnet werden. Jedenfalls dürfe sich eine wirksame Entwicklungshilfe nicht nur auf karitative Maßnahmen beschränken.

In einem begeisternden Filmvortrag ließ jedoch Professor *Rudolf Geigy*, Direktor des Schweizerischen Tropeninstitutes in Basel, außer Frage, daß auch eine vom Idealismus getragene Entwicklungshilfe der «Dritten Welt» von großem Nutzen sein kann. Die Unmittelbarkeit der Schilderung seiner reichen Erfahrungen als Lehrer an der medizinischen Schule des Tropeninstituts in Ifakara, Tanganjika, machte allen Zuhörern einen großen Eindruck, weil sie das kompromißlose persönliche Engagement des Referenten deutlich spüren ließ. An der Ehrlichkeit dieser Art Entwicklungshilfe konnten keine Zweifel aufkommen. Professor Geigy stellte das Menschliche in den Vordergrund und brachte damit allen Anwesenden zum Bewußtsein, daß darin die Grundlage zum gegenseitigen Verstehen und zur Überwindung von Vorurteilen liegt.

Eine große Überraschung war es für die Seminarteilnehmer, als alt Bundesrat *Max Petitpierre* auftauchte und dem Seminar einen Besuch abstattete, der sein Interesse an den Problemen der Entwicklungsländern bekundete.

Botschafter *August Lindt* beleuchtete zum Abschluß des Seminars in einem lebendigen Vortrag noch die Aufgaben der Entwicklungsländer selbst und hob dabei vor allem hervor, welche entscheidende Rolle der Bildung und der Erziehung zukommt.

Die Einschaltung eines Exkursionstages brachte eine erwünschte Auflockerung in die Veranstaltung und ermöglichte den Seminarteilnehmern einen Einblick in das wirtschaftliche Leben der Schweiz. Besuche bei der Firma Zenith in Le Locle, im Forschungszentrum der Uhrenindustrie in Neuenburg, bei den Papéteries de Serrières und der Firma Suchard, unterbrochen durch eine abwechslungsreiche Fahrt durch den Jura, vermittelten wertvolle Eindrücke. Besonders geschätzt wurden der am letzten Abend stattfindende Empfang durch Nationalrat Clottu in seiner Eigenschaft als Regierungsrat von Republik und Kanton Neuenburg im historischen Rittersaal des Schlosses Neuenburg und die Einladung zum Nachtessen in Familien der Stadt mit anschließendem Tanzabend auf dem Chaumont. Der direkte Kontakt mit der Bevölkerung ist, nicht nur für die ausländischen Gäste, stets ein Erlebnis.

Die Diskussionen

Gegenüber früheren Jahren ist das Niveau der Diskussionen eher gestiegen, wobei allerdings deren Wert nach wie vor nicht in der Erarbeitung wissenschaftlich fundierter Erkenntnisse, sondern vielmehr in der gegenseitigen Aussprache, der Vermittlung von Anregungen und neuen Gesichtspunkten sowie im Kennenlernen der Mentalität des Gesprächspartners zu finden ist. Das etwas höhere Niveau der Gespräche ist vor allem dem Umstand zu danken, daß viele Seminarteilnehmer in ihren Studien schon fortgeschritten sind und daß die aus Schweizer und ausländischen Studenten gebildeten Diskussionsgruppen nicht zufällig, sondern soweit

möglich nach Fakultäten zusammengesetzt waren. Das hatte den Vorteil, daß eine gemeinsame Grundlage vorhanden war und sich ohne Schwierigkeiten Diskussionspunkte finden ließen, die auf das Interesse aller Gruppenmitglieder stießen. Auch in Zukunft sollten die Veranstalter bei der Auswahl der Teilnehmer einen strengen Maßstab anlegen. Im ganzen gesehen darf festgestellt werden, daß die Vertreter aus Entwicklungsländern in ihren Äußerungen maßvoller und realistischer geworden sind. Die Meinungsverschiedenheiten sind zwar nicht verschwunden, sie können aber sachlich besprochen werden, ohne das persönliche Einvernehmen der Gesprächspartner zu stören.

Die Mehrzahl der Vorträge betraf vorwiegend wirtschaftliche Fragen, was dem ganzen Seminar auch ein entsprechendes Gepräge gab. Mit der wachsenden Einsicht, daß die Entwicklung nicht erzwungen werden kann, sondern von der Schnelligkeit abhängt, mit der die soziale und wirtschaftliche Erneuerung stattfindet, und die Entwicklung unabhängig vom Wirtschaftssystem lange Zeit brauchen wird, hat jedenfalls die extreme Lösung der totalen, zentralgeleiteten Wirtschaftsplanung an Attraktion eingebüßt. Während noch vor wenigen Jahren Vertreter aus Entwicklungsländern Grundfragen des politischen Leitbildes und die damit zusammenhängende Auseinandersetzung zwischen Individualismus und Kollektivismus, zwischen Plan- und Marktwirtschaft als Probleme der ideologischen Auseinandersetzung zwischen Ost und West und somit für die Entwicklungsländer als unwesentlich betrachteten, sind diese heute viel eher zu einer grundsatzpolitischen Aussprache bereit. Weil jede politische Entscheidung zwangsläufig die Marschrichtung der Entwicklung bestimmt — die Förderung privater Investitionen impliziert mindestens teilweise eine marktwirtschaftliche Lösung — und die Entwicklungshilfepolitik der Industrieländer beeinflußt, wird die Diskussion um Grundsatzfragen des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems für Entwicklungsländer in Zukunft an Bedeutung gewinnen.

Trotz großer Aufgeschlossenheit war bei den ausländischen Gästen immer noch eine gewisse Zurückhaltung festzustellen, die sich darin zeigte, daß diese in der Diskussion vor allem das Gemeinsame in den Vordergrund rückten und heikle politische Fragen von sich aus nicht berührten. Die Referenten haben dieser Tatsache Rechnung getragen, indem sie einzelne Probleme ausgeklammert und sich im übrigen einer sehr vorsichtigen Ausdrucksweise bemüht haben. Beispielsweise ist das Postulat der Stabilisierung der Rohstoffpreise der Produkte der Entwicklungsländer auf keinerlei Kritik gestoßen, obschon für die Entwicklungshilfe wirkungsvollere Möglichkeiten bestehen als die Unterstützung eines Wirtschaftszweiges mit Überproduktion durch Zuleitung von Devisen auf Grund wirtschaftlich ungerechtfertigt überhöhter Preise. Bezeichnend ist auch die recht skeptische Beurteilung der bilateralen Entwicklungshilfe durch die Vertreter aus den Entwicklungsländern, die eine wirtschaftliche und politische Einflußnahme durch die hilfeleistenden Länder befürchten. Diese Haltung wird verständlich, wenn wir an unsere eigenen Reaktionen gegenüber der Überfremdung denken. Hingegen stellt sich die Frage, ob die Vertreter aus Entwicklungsländern nicht doch eine zu ideale Vorstellung wirtschaftlicher und politischer Unabhängigkeit haben und sich ihres relativen Charakters zu wenig bewußt sind.

Als Beitrag der Schweiz an die Entwicklungshilfe werden eine liberale Handelspolitik, private Investitionen, Finanzhilfe über internationale Organisationen, Stipendienhilfe und der Einsatz von Experten begrüßt. Große Sympathie wird dem Wirken von Idealisten in Entwicklungsländern entgegengebracht, weil es die vielen Schwierigkeiten durch die echte menschliche Begegnung überwindet und über alle Zweifel an der Ehrlichkeit erhaben ist. Uneigennützige Leistungen wirken als Vorbild und spornen die Vertreter dieser Länder an, nach ihrer Rückkehr ihrerseits die Interessen des Landes vor die eigenen zu stellen.

Der Wert eines solchen Seminars liegt vor allem in der persönlichen Begegnung. Der Austausch von Meinungen und Informationen hilft Vorurteile abbauen und fördert das gegenseitige Verständnis. Für

Schweizer, die sich mit der Problematik der Beziehungen zu den Entwicklungsländern oder mit der Betreuung ausländischer Studenten an unseren Hochschulen befassen wollen, ist ein solches Seminar von ganz besonderem Nutzen, können sie doch daraus viele Erkenntnisse schöpfen, die ihnen ihre Tätigkeit erleichtern.

Die Woche auf dem Chaumont brachte den Teilnehmern aufs neue zum Bewußtsein, wie vielfältig die Probleme der Entwicklungshilfe sind. Es wurden viele Anregungen vermittelt, neue Kontakte geschaffen und alte wieder aufgefrischt, was jeden einzelnen bereichert hat. In diesem Sinne hat die Begegnung von Chaumont über ihre Dauer hinaus gewirkt und dem Willen zum gegenseitigen Verständnis einen neuen Impuls gegeben.

Rolf Beat Huber

DIE TÜRKISCHE ARMEE

Die starken Spannungen zwischen Athen und Ankara wegen des Konflikts auf Zypern richten die Aufmerksamkeit in vermehrtem Maße auf die Türkei und ihre Armee. Mit ihrer Rolle in der Innenpolitik und in der atlantischen Allianz befaßt sich Oberst i. G. a. D. *Horst von Zitzewitz* in der vorzüglichen deutschen Zeitschrift *Wehrkunde* (Heft 4, April 1964). Sein Aufsatz beruht zur Hauptsache auf Eindrücken und Informationen, die er im Herbst 1963 auf einer wehrpolitischen Studienreise sammeln konnte; er wurde am 22. 3. 1964 abgeschlossen.

Die Türkei ist das einzige Entwicklungsland innerhalb des atlantischen Bündnisses. Bisher haben die USA die Hauptlast der Wirtschafts- und Militärhilfe an die Türkei getragen. In Zukunft dürften den europäischen NATO-Ländern eine erheblich stärkere finanzielle Unterstützung ihres wirtschaftlich schwächsten Bündnispartners und auch größere militärische Hilfe für die türkische Armee obliegen. Die deutsche Bundesrepublik beteiligt sich finanziell und materiell an der kürzlich eingeleiteten Modernisierung der türkischen Flotte. Das NATO-Kommando *Landsoutheast* hat kürzlich Vorschläge für die dringend erforderliche weitere Modernisierung der türkischen Streitkräfte unterbreitet. Sie ist um so dringender, als die USA ihre Raketenstützpunkte in Anatolien abgebaut haben. Damit stellt sich die Frage, welche modernen nuklearen Waffen des Westens die Gefahr östlicher konventioneller Angriffe Richtung Ägäis, Dardanellen und Bosporus verhindern oder verringern können. Nach Auffassung des Verfassers kann die 6. USA-Flotte im Mittelmeer dieser Aufgabe kaum gerecht werden, auch wenn sie durch Polaris-U-Boote verstärkt wird. In diesem Zusammenhang vermißt der Verfasser eine gewisse Planung der deutschen Entwicklungshilfe, unter Berücksichtigung wehrpolitischer Interessen. Seines Erachtens sollte die Entwicklungshilfe vordringlich auch dazu dienen, die europäische Südflanke der NATO, also die Länder rund um das Mittelmeer, von wirtschaftlicher Not, sozialer Unruhe und damit von maßgeblichem kommunistischem Einfluß freizuhalten. Den Eckpfeiler dieser Südflanke aber bildet politisch und militärisch die Türkei, die mit Recht tatkräftige Hilfe ihrer europäischen Bündnispartner erwartet.

In der Türkei dauert die allgemeine Wehrpflicht vom 20. bis 46. Lebensjahr. Die aktive Dienstzeit 2—3 Jahre:

	Aktive Dienstzeit	Friedensstärke	Kriegsstärke
Heer	24 Monate	310 000 Mann	450 000 Mann
Luftwaffe	24 "	20 000 "	35 000 "
Marine	36 "	35 000 "	75 000 "
Gendarmerie	30 "	90 000 "	90 000 "
Total		455 000 Mann	650 000 Mann

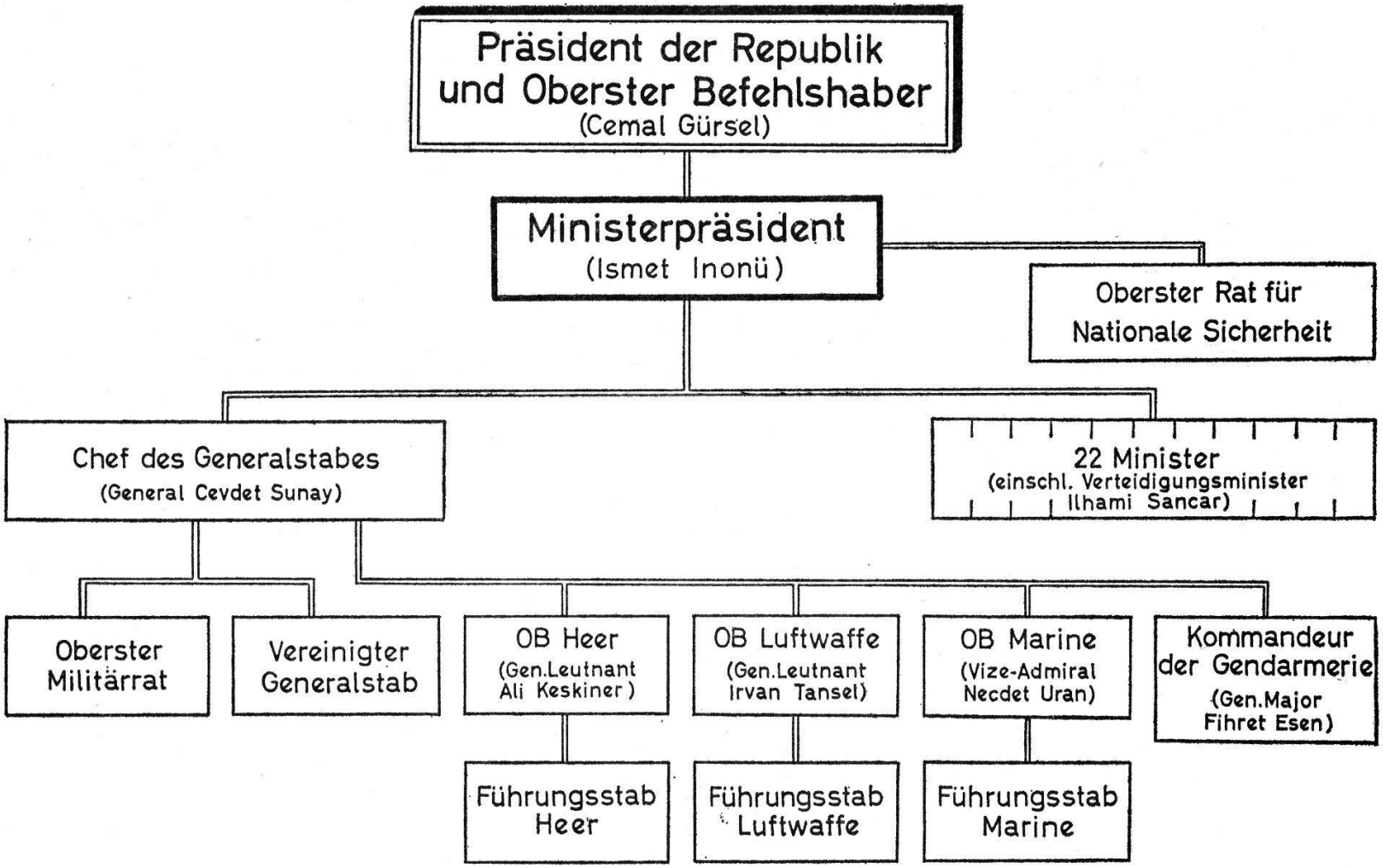
Die Spitzengliederung ist aus der publizierten Skizze ersichtlich. Die Gendarmerie untersteht dem Chef des Generalstabes erst im Kriegsfalle; im Frieden ist sie dem Innenminister unterstellt. Der Minister für Nationale Verteidigung ist dem Ministerpräsidenten gegenüber für alle Finanz- und Verwaltungsangelegenheiten verantwortlich, hat aber keinerlei Befehlsbefugnisse über Militärpersonen.

Das Heer gliedert sich in drei Armeen und sechs Armeekorps mit insgesamt 12 teilmotorisierten Infanteriedivisionen, einer Gebirgsdivision, einer Panzerdivision sowie 4 selbständigen Panzerbrigaden, 4 Panzerkavallerieregimentern und zwei selbständigen Infanterieregimentern.

Die Luftwaffe umfaßt zwei Luftflotten zu je 3 Geschwadern mit einem Gesamtbestand von 330 Kampf- und 45 Transportflugzeugen. Sie ist in der Bodenorganisation und im Nachschub auf die Hilfe der USA angewiesen. Die Fliegerabwehr umfaßt einige Nike-Einheiten und mehrere Bataillone mit Flab-Geschützen. Die Kriegsmarine umfaßt zwei Zerstörer-, ein Geleit-, ein U-Boot-, zwei Such- und Räumgeschwader sowie 1 Minenlegegeschwader. — Eine Territorialorganisation der Landesverteidigung besteht noch nicht, und der Aufbau einer Zivilverteidigung befindet sich in den allerersten Anfängen.

Der türkische Soldat ist hart, genügsam, naturverbunden und meistens religiös. Er wird im Kriege ein tapferer Verteidiger seiner Heimat sein und dürfte bei einem Einsatz von Atomwaffen widerstandsfähiger sein als seine westeuropäischen Verbündeten. Das Offizierskorps kann seinen Nachwuchs aus den besten Abiturienten jedes Jahrganges aussuchen, und die Reserveoffiziere müssen ein Hochschulstudium abgeschlossen haben. Bis in die Mitte der fünfziger Jahre war die türkische Armee auch politisch eine Einheit. Menderes blieb es vorbehalten, das Offizierskorps parteipolitisch aufzuspalten und sich durch unzählige bevorzugte Beförderungen die Gunst der Offiziere zu verschaffen. Massive Entlassungen nach der Militärrevolution von 1960 haben die Armee derart geschwächt, daß in den Jahren 1960 und 1961 keine ordnungsmäßige Verbandsausbildung möglich war, geschweige die Durchführung von Manövern. Inzwischen hat sich fraglos das Offizierskorps wieder gefestigt. Militärputsche von 1962 und 1963 haben indessen gezeigt, daß nach wie vor ein innerlicher Riß durch das Offizierskorps geht. Der entscheidende Auffassungsunterschied besteht darin, daß die älteren Militärs das große Werk Atatürks unter grundsätzlicher Aufrechterhaltung der Demokratie, also *mit* dem Volke, fortführen wollen, wogegen die Jüngeren für eine autoritäre Regierungsform plädieren und die Demokratie wieder abschaffen wollen.

Die Armee hat die legislative Macht an das Parlament abgegeben, auf die Exekutive jedoch maßgeblichen Einfluß behalten. Sie stellt mit den Generälen Gürsel und Inonü den Präsidenten der Republik und den Ministerpräsidenten. Präsident Gürsel gilt der Armee als Garant für die Durchführung der Reformen Mustapha Kemals. Der starke Mann in der politischen und militärischen Führung ist Ministerpräsident Inonü, der praktisch auch die Leitung des einflußreichen Obersten Sicherheitsrates innehat. Bei allen politischen Wandlungen blieb Ministerpräsident Inonü letztlich immer Soldat, trotz seines großen diplomatischen Geschickes. Bezeichnend für die große politische Passivität der zivilen Oberschicht ist die Tatsache,



Die militärische Spitzengliederung
Verkleinerter Nachdruck aus der Zeitschrift *Wehrkunde*, April 1964, S. 180

daß die Führung der beiden großen türkischen Parteien in den Händen von Generälen liegt.

Die drei türkischen Armeen unterstehen zusammen mit der 1. griechischen Armee dem NATO-Kommando *Landsoutheast* in Izmir, dessen besondere Führungsschwierigkeiten darin bestehen, daß die möglichen Operationsräume im Südbalkan und in Ostanatolien weit voneinander entfernt liegen. Die Zusammenarbeit der griechischen und türkischen Verteidigungspartner war bisher im Hauptquartier in Izmir ausgezeichnet. Sie läßt indessen bei den örtlichen Kommandobehörden beidseits des Grenzflusses Maritza sehr zu wünschen übrig. Die größte Sorge gilt aber dem Konflikt in Zypern und seinen möglichen Auswirkungen, die eine gemeinsame griechisch-türkische Landesverteidigung in Thrazien in Frage stellen. Im Hauptquartier in Izmir denkt man neben einer Teilung der Insel auch an eine Umsiedlung, indem Zypern den Griechen überlassen würde, gegen Abtretung einer vor Kleinasien liegenden Insel an die Türkei mit Umsiedlung von Bevölkerungsteilen. Beide Länder haben mit der Umsiedlung größerer Menschenmassen keineswegs schlechte Erfahrungen gemacht. (Bei dieser Gelegenheit sei daran erinnert, daß schon die Trennung des Landes Appenzell 1593 mit einer Umsiedlungsaktion verbunden war. Es dürfte sich um die erste Teilung eines Landes mit Umsiedlung handeln. Red.)

Die erste Aufgabe muß sein: die an das Mittelmeer grenzenden Landgebiete der NATO zu halten; der Angreifer soll verhindert werden, eine Stellung zu erringen, von der aus er die Mittelmeerverbindungen abschneiden kann. Zweitens ist es eine wesentliche Vorbedingung für die Sicherheit, wenn auch keine direkte Aufgabe der NATO, die Besetzung oder Beherrschung der mittelöstlichen Länder durch den Feind zu verhindern. Es handelt sich dabei nicht nur um die Wahrung der lebenswichtigen Ölquellen, sondern auch darum, daß der Feind diese Landbrücke nicht dazu benutzt, die NATO-Flanke, womöglich noch ohne einen Schuß, aufzurollen.

Admiral Charles Brown

Schweizer Monatshefte 1961/62, Seite 1064